Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Altstadt: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Expedition P. Vorm. 8–½9 u. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silbergr. 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Einges.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Papierausstattung Schulartikel etc. Großhandlung von Buchbinderwaaren Papierhandlung G. H. Rehfeld & Sohn Engros & Versandt Dresden-N. Hauptstr. 24. Karten zu allen Gelegenheiten Pathenbriefe etc. etc.

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul, Dresden, Wallstrasse 25.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Oelfarben in Tubes für Kunst- und Decorationsmalerei. Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Neuheiten in eleganten deutschen und englischen Anzugs- und Ueberzieher-Stoffen
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, Marienstrasse 20 („Drei Raben").

Nr. 22. Spiegel: Debatte über die Börsensteuervorlage. Hofnachrichten, Ballfest beim Minister v. d. Planitz, Geheizte Straßenbahnwagen, Bogenschützengesellschaft, Gerichtsverhandlungen. Casino-Concert, Tonkünstler-Verein. Börsenwochenbericht. | **Sonntag, 22. Januar.**

Politisches.

Die zweitägigen Debatten des Reichstages über die letzte der drei geplanten Steuern haben insofern ein bemerkenswerthes Resultat gezeitigt, als diese Steuer allein eine positive Mehrheit für sich gefunden hat. Sogar ein nationalliberaler Redner, Herr v. Marquardsen, hat sich für die Börsensteuer ausgesprochen. Konservative, Centrum und Antisemiten sind ohnehin längst für eine Beschneidung des „Giftbaumes", wie sich seinerzeit Minister Maybach, jetzt sogar merkwürdigerweise auch Herr Singer ausdrückte, und der Widerspruch der Herren Freisinnigen und Sozialisten wird nicht hinreichen, die Vorlage zu Falle zu bringen. Ja die Dinge liegen sogar so, daß auch für eine anderweitige Anzapfung der Börse, etwa durch Besteuerung der ausländischen Emissionen, Aussicht auf Annahme im Reichstage vorhanden wäre; ob allerdings die Regierung mit weiteren Maßnahmen einverstanden wäre, ist mehr als zweifelhaft.

Es ist immerhin von hohem Interesse, mit welcher Einmüthigkeit die größten Parteien des Reichstages mit Ausnahme natürlich des unentwegt jüdischen Freisinns, sich jetzt für eine Besteuerung der Börse aussprechen. Woher das kommt? Zunächst von der sich immer mehr durchringenden Ueberzeugung von der Berechtigung und der Fruchtbarkeit der Besteuerung der Börse. Die Stürme des vorigen Jahres, die Enthüllungen im Prozeß Polke über die Art und Weise, wie Millionen verdient werden, die Enthüllungen ferner, wie die Sommerfeldt und Genossen Millionen vergeudeten, haben eine scharfe Erregung in die weitesten Kreise unseres Volkes getragen. Als durch die kolossalen Getreidespekulationen der Ritter und Blumenfeld und all' der anderen der Preis unseres Brotes immer höher stieg, da verfingen die alten Zauberlieder von den unersättlichen Agrariern nicht mehr, da wandten sich die Augen auch des kleinen Mannes nach der Richtung hin, woher der den Wohlstand vernichtende Ostwind blies, nach der Börse. Die Ritter und Blumenfeld haben mehr Leute zur Feindschaft gegen die Börse und ihre Matadore erzogen, als der beste Wanderredner. Es ist nicht bei all den Herren, die jetzt für die Anzapfung der Börse eintreten, Lust und Liebe zur Sache, die sie zu ihrem Auftreten bestimmen, es ist bei Manchem nur kluge Nachgiebigkeit gegen eine unbezwingbare Wahrheit. Man stellt einen Wechsel aus, der am Wahltage eingelöst werden soll. Die Herren Freikonservativen und Nationalliberalen haben eben auch in ihren eigenen Wahlkreisen schon unliebsame Erfahrungen gemacht.

In der Reichstagsdebatte sind zweierlei Momente scharf von einander zu trennen. Der eine Theil der Redner, die für die Steuervorlage eintreten, will sich lediglich hierauf beschränken; er sieht ein, daß eine Heranziehung der Börse zu den Militärkosten unausweichlich ist und er rettet von seiner Position so viel als möglich, in der stillen Hoffnung überdies, daß damit einmal für lange Zeit den Feinden der Börse der Mund gestopft ist. Dahin gehören die Mittelparteien. Der andere Theil der Redner sieht in der beabsichtigten Steuer nur den ersten Schritt zu einer gerechten Besteuerung des Capitalismus, d ssen Organ die Börse ist, zum Vortheil der produktiven Arbeit. Der Abgeordnete Mehnert hat diesen Standpunkt eingenommen und eine Reihe von politischen Gesinnungsgenossen hat ihm zugestimmt. Zu der trefflichen Rede Dr. Mehnert's bemerkt die „Kreuzztg.": „Der konservative Abg. Dr. Mehnert trat mit ganzem Nachdrucke und der Entschiedenheit, die in solchen Dingen, wenn sie auch von der nöthigen Sachkenntniß getragen wird, allein zu wirken vermag, für die Vorlage ein. Der Abg. Singer hätte ihm diese Sachkenntniß freilich gern abgesprochen; seiner Ansicht nach steht die des börsenfreundlichen Abg. Siemens „eiffelthurmhoch" über der des Börsengegners Mehnert und das, obwohl Herr Singer selbst der Börse gegenüber den Mund gewaltig aufthat. Aus den Reden beider Herren wird man diesen Unterschied indessen durchaus nicht nachweisen können, obwohl Dr. Mehnert gewiß mit uns überzeugt ist, daß Dr. Siemens ihm in börsentechnischem Sinne überlegen ist. Darauf kam es in diesem Falle aber gar nicht an; um die allgemeinen Grundsätze vielmehr handelte es sich, die wir der Börse gegenüber anzuwenden haben, und hier, auf diesem Gebiete, erwies sich Dr. Mehnert so sattelfest als einer." Gesprochen wurde von Rednern aller Parteien, nur die Regierung und die antisemitischen Abgeordneten, die in ihren Wanderreden sonst so muthig gegen den Börsenkapitalismus in's Zeug gehen, haben sich während der ganzen, grundsätzlichen Debatte — ausgeschwiegen. Das Schweigen der Regierung ist begreiflich. Da wird ja allerdings eine Börsenenquete-Kommission zusammenberufen, aber die macht's, wie weiland Königin Penelope: des Nachts trennt sie auf, was sie am Tage geschaffen. Da wurden dazumalen Handwerker berufen zur Berathung, aber es wird und wird nichts. Auch bei den jüngsten Steuervorlagen steht der soziale Gesichtspunkt vollständig im Hintergrunde, nur die Fiskalität, die ziffernmäßige Plusmacherei kommt in Frage. Und für das 58-Millionen-Defizit in Preußen findet sich als Heilmittel der Vorschlag, die Anzahl der Lotterieloose zu erhöhen und die Aufbesserung der niederen Gehälter aufzuschieben.

Das Prinzip der neuen Börsensteuer ist bereits in den Jahren 1884/85 mit großer Mehrheit bewilligt worden. Man prophezeite damals unter sämmtlichen Fixern und Jobbern, daß die ganze Börse in die Brüche gehen werde. Jetzt jammert man ähnlich. Man kann es den Leuten von ihrem Standpunkte aus gar nicht verdenken, denn Steuern zu zahlen bereitet Niemandem Wollust. Aber es giebt für den Staat noch andere Rücksichten, als die auf das Vergnügen der Börsenbesucher; er muß vor Allem fragen, wer kann denn die Last am leichtesten tragen und da ergiebt sich denn sehr leicht, daß unsere Gutsbesitzer ihr Land verkaufen müssen und daß die Börsianer sich Rittergüter kaufen, nicht einmal zum Erwerb, sondern zum Vergnügen, oft nur zum Renommiren. Wer mag da wohl steuerkräftiger sein? Die bisherige Steuer hat auch keineswegs zu einer Verringerung der Geschäfte geführt; im Jahre 1885 brachte sie 5 Millionen, 1886 schon 7½ Mill., 1891 sogar 11 Millionen ein. Ganz richtig sagte Graf Arnim: Wenn ein Rückgang der Geschäfte sich jetzt noch bemerkbar machen sollte, so würde daran nicht die Steuer Schuld tragen, sondern die Wirthschaft der großen Emissionshäuser, die an dem Nationalwohlstande in den letzten Jahren sich schwer versündigt haben. Sodann aber ist doch ein Rückgang der Geschäfte bis zu einem gewissen Grade auch in anderen Ländern eingetreten, z. B. in Frankreich, das trotzdem an Emissions- und Umsatzsteuer 62 Mill. Frcs. einnimmt. Dazu bringt dort eine Dividenden- und Gebührensteuer noch weitere 70 Mill. Frcs. Eine Erhöhung der Steuer würde also keinen Schaden anrichten. Ein Vergleich mit Frankreich ist überhaupt so uneben nicht. Wir haben in Deutschland jetzt eine Emissionssteuer, welche für Aktien 5 pro Mille beträgt. Diese Steuer hat in einem der letzten Jahre 9,507,000 Mk. eingebracht. Man kann diese Steuer noch ganz gut erhöhen, ohne befürchten zu müssen, daß dadurch diese Geschäfte von unserem Markte vertrieben werden. In Frankreich wird eine Emissionssteuer für Aktien von 1,20 Frcs. pro 100 Frcs. erhoben. Außerdem wird bei ausländischen Anleihen ein Stempel erhoben bei Beträgen über 1000 Frcs. von 1,50 Frcs. pro 1000 Frcs., während wir nur 20 Pfg. pro 1000 Mark bezahlen. Frankreich hat also eine 7½ Mal so hohe Emissionssteuer für fremde Anleihen, wie wir. Wenn man berücksichtigt, daß die Anleihen, die bei uns Eingang gefunden haben, auch in Frankreich trotz der höheren Stempelgebühren gehandelt werden, so können wir also eine eben so hohe Besteuerung wie in Frankreich, also eine 7½ Mal höhere, als wir sie jetzt haben, für diese Geschäfte ganz gut einführen und dadurch eine ganz kolossale Steigerung der Einnahmen erlangen. So urtheilte selbst der Freikonservative Gamp. Weiter unterliegen bei uns die Aktiengesellschaften einer Steuer von ½ pro Mille, in Frankreich einer solchen von 1 Proz. Können denn die Unternehmungen, die ihre Aktien an die Börse bringen und hiermit einen bedeutsamen Vortheil genießen, nicht dieselbe Steuer wie in Frankreich vertragen?

Ein ganz besonderes Bild bei der Berathung bot Herr Singer. Er ging der Börse wüthend zu Leibe. Singer der Börse! Das Bild wird erst verständlich, wenn man erwägt, daß der Antisemitismus und speziell die Empörung über das Börsentreiben weit hineingreift in die Reihen der Sozialdemokratie. Daß aber gerade ein jüdischer Mann, Herr Singer, berufen wurde, gegen die Börse zu wettern, bedeutet nichts Anderes als den Versuch, den Wählern Sand in die Augen zu streuen, als sei das Judenthum so ganz, ganz unschuldig. Bekanntlich mußte ja vor annähernd zwei Decennien auch Lasker gegen die Gründer loslegen und es gelang ihm damals thatsächlich, sich als Cato und seine Stammeskollegen als Puritaner hinzustellen, bis der Abg. von Ludwig und der wackere Glagau ihm die Larve vom Antlitz rissen. Heute versucht's Cato-Singer mit den Arbeitern ebenso und er versteigt sich dazu, die Börse einen „Augias"-Stall zu nennen. Selbstredend sind für ihn die Hauptschuldigen die „adeligen Kornwucherer", nicht etwa die Stammesgenossen eines Cornelius Herz, Reinach, Arton und Complicen. Singer's Absichten sind aber mehr als deutlich geworden, denn Herr Singer wird gegen die Börsensteuer stimmen; sie sei nur ein kleines Mittel gegen das Börsentreiben und solch' kleines Mittel verschmähe er. Theoretisch — d. h. mit dem Munde für die Arbeiter, praktisch aber für den Geldbeutel der verwandten Leviten und Söhne, das ist sozialdemokratische Tugend, verkörpert in dem Herrn Mäntelfabrikanten Paul Singer. Li—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 21. Januar.

Berlin. Der **Reichstag** berieth heute in erster Lesung den Gesetzentwurf betr. die Abzahlungsgeschäfte. Vorher gab Abg. Dr. Frege die Erklärung ab, daß ihm Erziehung und Anstand untersagten, auf den Singer'schen Angriff bei Berathung des Börsensteuergesetzes in dem Tone zu antworten, in dem der Angriff geschehen sei. Er behalte sich vor, die Klarstellung der Sache bei anderer Gelegenheit zu geben; überreiches Material dazu habe er in den Händen. — Abg. Singer (Soz.) will erwidern, Vicepräsident Ballestrem erklärt aber, daß eine Debatte über eine vor der Tagesordnung gemachte Bemerkung nicht zulässig sei. — Abg. Ackermann (kons.) erörtert sodann die Vorlage. Er erkennt es dankbar an, daß die Regierung an die Materie herangetreten sei, findet aber, daß die Vorlage nicht weit genug gehe. Die Abzahlungsgeschäfte sollten auf bestimmte Waaren beschränkt, insbesondere sollten Schmucksachen von dem Betriebe dieser Geschäfte ausgeschlossen werden; auch sei dem Unwesen der Agenten, welche für Abzahlungsgeschäfte das Land durchziehen, ein Ende zu machen und der Hausirbetrieb von den Umherziehenden für Abzahlungsgeschäfte zu trennen. Diese Agenten führten meist Waaren mit sich und würden damit thatsächlich Hausirer. Der Gegenstand könnte übrigens im Plenum nicht erschöpfend behandelt werden, weshalb er eine Verweisung an eine 21er Commission beantrage. — Abg. Wöllmer (freis.): Aus den Kreisen des großen Publikums, das durch die Vorlage geschützt werden solle, seien keine Klagen über die Abzahlungsgeschäfte laut geworden; die Anregung zu dieser Vorlage gehe von Gewerbtreibenden aus, die in den Abzahlungsgeschäften Konkurrenz sähen. Durch die Möbelabzahlungsgeschäfte werde den Leuten die Eheschließung erleichtert; beschneide man diese Erleichterung, so befördere man indirekt das Concubinat. Mit der Vorlage werde die erste Pression in die Freiheit des Handels gelegt. — Abg. Frhr. v. Buol (Centr.) befürwortet die Vorlage im Allgemeinen. — Abg. Kasselmann (nat.-lib.): Die Nothwendigkeit der Abzahlungsgeschäfte werde ebenso wie das Bedürfniß zur Beseitigung dabei hervorgetretener Mißstände allgemein anerkannt. Er erachte es als einen Vorzug der Vorlage, daß in derselben dem Drängen auf Beschränkung der Abzahlungsgeschäfte nothwendiger Bedarfsartikel nicht stattgegeben werde, ebensowenig wie dem Drängen nach einem Verbote des Aufsuchens der Kunden durch Reisende von Abzahlungsgeschäften. Im Großen und Ganzen sei er mit der Vorlage einverstanden, doch enthalte dieselbe eine Reihe nicht unbedenklicher Bestimmungen. — Abg. Tutzauer (Soz.): Es sei ein Irrthum, daß die Kundschaft der Abzahlungsgeschäfte nach Unterdrückung der letzteren sich dem Handwerkerstande zuwende. Die Regierungsvorlage schieße über das Ziel hinaus. Die Abzahlungsgeschäfte seien vornehmlich Denen ein Dorn im Auge, die es nicht gern sehen, daß sich die Arbeiter mehr Bedürfnisse aneignen, als ihre Vorfahren hatten. Der Vertrieb der Nähmaschinen auf Abzahlung, der hier so sehr gepriesen wurde, habe dagegen allerdings zur Förderung der Hausindustrie und damit zu den ungünstigen Arbeiterverhältnissen beigetragen. Schäden entstünden namentlich dadurch, daß in den Abzahlungsgeschäften alle möglichen Gegenstände gehandelt würden, bezüglich deren der Verkäufer jeder Fachkenntniß entbehrte. Nicht unsympathisch sei ihm die Forderung, daß das Herumreisen von Agenten der Abzahlungsgeschäfte verboten werden möchte. Auf Abzahlung arbeiteten übrigens die meisten Handwerker. Die Vorlage enthalte eine Reihe von Bestimmungen, durch welche die Geschäftsinhaber sehr geschädigt würden. Es gäbe doch auch unter den Kunden zweifelhafte Elemente. — Staatssekretär v. Bötticher: Der Vorredner habe der Vorlage eine ganz falsche Bedeutung beigelegt. Die Regierung sei weit davon entfernt, die Abzahlungsgeschäfte unmöglich zu machen, sie wolle nur Auswüchse beseitigen. Die Frage sei schwierig, die Lösung, die sie durch die Vorlage gefunden, entspreche den Interessen beider Contrahenten. So ganz reinlich und zweifelsohne, wie Vorredner annehme, gehe es in Abzahlungsgeschäften doch nicht immer zu. — Abg. Lucius (Reichsp.) weist darauf hin, daß in dieser Debatte ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion den Standpunkt der Unternehmer vertreten habe und spricht sich im Uebrigen für die Vorlage aus. — Abg. Stadthagen (Soz.) vermißt eine Reihe nothwendiger Bestimmungen in der Vorlage. Der Besitzer des Abzahlungsgeschäftes müsse für die Angaben seiner Agenten verantwortlich sein, dem Käufer müsse stets ein Exemplar des Contraktes ausgehändigt werden, die Conventionalstrafe müsse beseitigt werden. Der Käufer müsse wenigstens das Recht haben, von dem Vertrage zurückzutreten, wenn er einsehe, daß er hereingelegt worden u. s. w. — Abg. Schrader (freis.): Die Vorlage bedürfe einer gründlichen Correktur, wenn der Zweck derselben erreicht und die anständigen Abzahlungsgeschäfte aufrecht erhalten werden sollen. — Die Vorlage geht an eine 21er Commission. — Montag: Wuchergesetz. Einheitliche Zeit. Vorlage betr. Verraths militärischer Geheimnisse. — Am Donnerstag beginnt die Einzelberathung des Etats.

Berlin. Das **Abgeordnetenhaus** setzte die Einzelberathungen des Etats fort. Bei der Domänenverwaltung entwickelte sich wieder eine längere Debatte über die Lage der Landwirthschaft. — Abg. Sombart (nat.-lib.) theilte mit, daß das von ihm in ein Bauerndorf umgewandelte Gut den Beweis gäbe, daß der Großgrundbesitz unwirthschaftlicher sei als der Kleinbesitz. Sombart sprach sich gleichzeitig für den Handelsvertrag mit Rußland aus. Der freisinnige Abg. Rickert empfahl auf diese Ausführungen hin eine Parzellirung der Domänen. — Abg. Gehlich (freikons.) behauptet, daß die Kohlenarbeiter, die im Westen gestreikt hätten, theils kontraktbrüchige, landwirthschaftliche Arbeiter aus dem Osten seien. Vielleicht werde man sich nun von der Nothwendigkeit der Bestrafung des Contraktbruches überzeugen. — Abg. Szmula (Centr.) meinte, von den günstigen Wirkungen des österreichischen Handelsvertrages sei noch Nichts zu spüren, ein Handelsvertrag mit Rußland werde nun unvermeidlich sein; hoffentlich werde man aber darüber vorher die Interessenten hören. Für die deutsche Eisenindustrie sei die Eröffnung des russischen Marktes eine Lebensfrage; die Landwirthschaft habe von der russischen Konkurrenz nicht so viel zu fürchten. — Abg. Frhr. v. Minnigerode (kons.) betont die Nothwendigkeit der Getreidezölle und ob sich die Richtigkeit der neuen Handelspolitik bewähren werde, sei noch sehr abzuwarten. Auf die Anschauungen Rickert's in Bezug auf den Antisemitismus gab er unter lebhaftem Beifall seiner Partei folgende Erklärung ab: „Unsere Stellung zum Antisemitismus ist in unserem Programm festgelegt und unterliegt nicht mehr dem Subjektivismus des Einzelnen. Das kann ich aber sagen: Wer noch Ideale im Leibe hat, wessen Herz noch höher schlägt bei dem Gedanken an die Größe des christlichen Volkes deutscher Nation, der verlangt christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Kinder. Die Ideale des Herrn Rickert sind allerdings anders geartet." — Landwirthschaftsminister v. Heyden konstatirt die Nothwendigkeit des Getreide-Importes. Auf den Gedanken, Getreidezölle noch höher zu spannen, als sie gewesen, könne doch ein vernünftiger Mensch nicht kommen (Unruhe rechts). Die Behauptung von dem Ruin der Landwirthschaft durch die Handelsverträge hätte denselben Werth wie die Behauptung von dem 40 Millionengeschenk an die Branntweinbrenner. — Weiterberathung Dienstag. — Die Reichstagskommission für lex Heinze nahm den ersten Theil des § 108, das Strafminimum für Kuppelei von 1 Tag auf 1 Monat Gefängniß zu erhöhen, an, lehnte den zweiten Absatz jedoch, der eine Lokalisirung der Prostitution unter polizeiliche Controle beabsichtigt, ab. In der Budgetkommission des Reichstages sagte Staatssekretär Hollmann bei dem Marineetat eine Aenderung bei den Bestimmungen der Werften zu, wonach Arbeiter über 40 Jahre nicht angestellt werden sollen. Im Uebrigen wurden verschiedene persönliche Ausgaben gestrichen.

Berlin. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht das Programm der Vermählungsfeierlichkeiten. Bei dem Zug nach der Stadtkapelle folgt die Kaiserin Friedrich als Mutter der Braut, geleitet vom Kaiser und vom Landgrafen von Hessen, als dem Familienoberhaupte des Bräutigams dem Brautpaare; dann folgt die Kaiserin, geleitet vom König von Sachsen und dem russischen Thronfolger. Zu dem Fackeltanz sind folgende Minister befohlen worden: Dr. Bosse, Thielen, v. Heyden, v. Kaltenborn-Stachau, Dr. Miquel, Frhr. v. Berlepsch, v. Schelling, v. Wedell, Dr. v. Achenbach, Dr. Delbrück, Dr. v. Bötticher und der Präsident des Staatsministeriums Graf zu Eulenburg. Der Hochzeitsfeier wohnt auch der Thronfolger von Rumänien mit seiner jungen Gemahlin bei. — Außer der Königin von Sachsen treffen zur Feier des Geburtstages des Kaisers am 26. Januar der König von Württemberg und der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen hier ein.

Berlin. Die Berliner Gewerbeausstellung für 1896 gilt als gesichert.

Chemnitz. Der deutschsoziale antisemitische Wahlverein hat an den Prinzen Friedrich August ein Glückwunschtelegramm zur Geburt des Prinzen abgesandt. Darauf ist folgende Antwort telegraphisch eingegangen: Prinz Friedrich August läßt Ihnen und den 300 Bürgern der Stadt Chemnitz für die freundlichen Glückwünsche herzlichst danken. Rittmeister v. Lindeman.

* **Belgrad.** Anläßlich der Aussöhnung der Eltern des Königs war die Stadt gestern Abend festlich beleuchtet und heute beflaggt.

„Hotel Fürst Bismarck."
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5